



Cartoon: Thomas Pfaffmann

Chance für Atempause

Keine Föderalismusreform vor der Bundestagswahl

Sie sollte die größte Staatsreform seit Jahrzehnten werden. Bund und Länder wollten ihre Kompetenzen neu aufteilen. Doch die Arbeit der Föderalismus-Kommission scheiterte im vergangenen Dezember – an der Bildung. Nun stoppten die anberaumten Neuwahlen den zweiten Anlauf zur Reform, der seit einigen Wochen hinter verschlossenen Türen vorbereitet wurde. Neuauflage nach der Bundestagswahl nicht ausgeschlossen.

Manchmal sind es nur wenige Minuten, die die politische Arbeit ganzer Monate zunichte machen. Es war Sonntag, 22. Mai, 18.30 Uhr, als SPD-Chef Franz Müntefering im Willy-Brandt-Haus vor die Kameras trat. Rot-Grün hatte eine katastrophale Wahlschlappe in Nordrhein-Westfalen zu verkraften, doch was folgte, war ein politisches Erdbeben. Müntefering verkündete Neuwahlen für den Herbst dieses Jahres: „Wir suchen die Entscheidung. Es ist Zeit, dass in Deutschland die Verhältnisse geklärt werden.“ Die spröde Ansprache des SPD-Chefs hat weitreichende Folgen. Senkung der Unternehmenssteuern, Reform des Beamtenrechts, Neuordnung des Staatswesens – zahlreiche umstrittene Gesetzesvorhaben stehen vor dem Aus. Nicht in jedem Fall zum Schaden gewerkschaftlicher Anliegen.

Schon Wochen vor der Wahl feilten im kleinen Zirkel die Vorsitzenden der Föderalismus-Kommission Franz Müntefering (SPD) und Edmund Stoiber (CSU) an einer Neuauflage der großen Staatsreform. Dazu musste jedoch die Gretchenfrage geklärt werden, an der die Kommission noch im Dezember gescheitert war: Welche Rolle darf der Bund in der Bildungspolitik überhaupt noch spielen? Die Unions-Ministerpräsidenten wollen die Bildung vollends zur Ländersache machen. Gemeinsame Bildungsplanung, Hochschulrahmengesetz, Ganztagschulprogramm – all das steht auf der Streichliste der Landesfürsten. Ohne Verzicht des Bundes bei der Bildung gibt es keine Reform, lautete die Devise der Union.

„Kirchturmpolitik“

Vor diesem Hintergrund deutete sich an, dass Franz Müntefering – auch gegen Widerstand in den eigenen Reihen – möglicherweise zu weiteren Zugeständnissen bereit sei. Zur Debatte stand unter anderem ein Vorschlag der Länderchefs, den Bund in der Bildungsplanung nur noch mitreden zu lassen, wenn es um internationale Leistungsvergleiche geht.

Bundesbildungsministerin Edelgard Bulmahn (SPD), die bis zuletzt für den Verbleib von Bundeskompetenzen gestritten hat, waren die Hände gebunden. „Ich hoffe, dass Franz Müntefering standhaft bleibt“, sagte sie im Interview mit der Frankfurter Rundschau. Ein Satz, der Bände über das Machtgefüge

innerhalb der Sozialdemokratie spricht. Für die GEW genügen die diskutierten Lösungen den Anforderungen an eine zukunftsfeste Steuerung des Bildungswesens nicht. „Ein Bildungswesen, das sozial gerecht, leistungsstark und wettbewerbsfähig ist, das den steigenden Anforderungen von Mobilität und lebenslangem Lernen gerecht wird, braucht von der Kita bis zur Weiterbildung eine gemeinsame Philosophie, gemeinsame Ziele und strategische Grundlinien“, schrieb die Vize-Vorsitzende der GEW, Marianne Demmer, in einem Brief an Müntefering und Stoiber. Diese Linie könne nur gesamtstaatlich von Bund, Ländern und Gemeinden ausgehandelt werden. „Kleinstaaterei und eifersüchtige Kirchturmpolitik passen nicht ins 21. Jahrhundert.“

Vorbild Schweiz

Als mögliches Vorbild für die Neuordnung des Staatswesens nannte Demmer die Schweiz. Dort wird seit verganginem Jahr als Konsequenz aus dem schlechten Abschneiden bei der PISA-Studie unter lebhafter Beteiligung der gesamten Gesellschaft diskutiert, einen Bildungsrahmenartikel in der Verfassung zu verankern. Bund und Kantone sollen so verpflichtet werden, „gemeinsam für eine hohe Qualität und Durchlässigkeit“ bei der Bildung zu sorgen. „Warum sollte Deutschland hier nicht von der kleinen Schweiz lernen?“, fragte Demmer.

Vor diesem Hintergrund plädiert die GEW für eine sorgfältige Suche nach den richtigen Lösungen zur Reform des Bildungsföderalismus. Wenn die Qualität unseres Bildungswesens die entscheidende Zukunftsfrage des Landes ist, sei Gründlichkeit wichtiger als eine rasche Entscheidung. „Die anhaltenden Kontroversen machen deutlich, dass die Diskussion für eine wirklich sachgerechte und nicht macht- und parteipolitisch motivierte Neuordnung der Bund-Länder-Beziehungen noch nicht reif ist“, so Demmer. Man solle sich deshalb die gesamte kommende Wahlperiode Zeit lassen, um gemeinsam mit den Fachexperten nach einer Lösung zu suchen.

Das vorläufige Scheitern der Föderalismus-Reform bietet nun die Chance für eine solche Atempause. Spätestens wenn sich nach den Aufregungen der Bundestagswahl die Machtarchitektur der Bundesrepublik neu geordnet hat, dürfte aber ein dritter Anlauf zur Föderalismus-Reform auf der Tagesordnung stehen.

Matthias Anubli

~ Warum sollte Deutschland nicht von der kleinen Schweiz lernen? }